

## **Kompromissangebot eine Mogelpackung**

### **Grünen-Abgeordnete kritisiert Atomausstieg**

Berlin/Reutlingen. **Zu den Eckpunkten der Bundesregierung für die Rücknahme der Laufzeitverlängerung nimmt Beate Müller-Gemmeke, MdB, Stellung.**

"Wir Grünen haben der Bundesregierung angeboten, über einen gemeinsamen Kompromiss zum Atomausstieg zu verhandeln, denn nach Fukushima ist ein gesellschaftlicher Atomkonsens unerlässlich. Der Konsens in der Regierungskoalition scheint aber wichtiger zu sein, als ein gesellschaftlicher Konsens über einen ehrlichen und unumkehrbaren Atomausstieg", bemängelt die Grünen-Abgeordnete aus Reutlingen und fordert, dass bis zur Vorlage der Gesetzentwürfe am 6. Juni die Bundesregierung entscheidende Punkte verbessern müsse.

Die ältesten sieben Meiler sollen nicht mehr ans Netz gehen. Mindestens eines dieser Alt-AKW's wolle die Bundesregierung aber als "Kaltreserve" vorhalten. Das sei technisch nicht möglich und bedeute, dass der Alt-Meiler weiterlaufen werde. Philippsburg I werde als mögliche "Kaltreserve" benannt - aus Sicht von Baden-Württemberg sei das nicht akzeptabel.

Vor allem aber sollen die nächsten AKW's frühestens 2018 vom Netz gehen und bisher sei auch noch eine Revisionsklausel vorgesehen, falls der Ausbau alternativer Energieträger nicht schnell genug vorankomme. "Die Bundesregierung öffnet sich damit wieder einmal eine Hintertür und propagiert gleichzeitig einen Sofortausstieg in zehn Jahren, obwohl jeder weiß, dass dies technisch nicht funktioniert." Ein kontinuierlicher und unumkehrbarer Atomausstieg sehe anders aus, so Müller-Gemmeke.

Notwendig wäre dafür aber eine ambitionierte Politik für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Bundesregierung aber deckele die Förderung der erneuerbaren Energien. Das Ausbauziel von 35 Prozent erneuerbarer Energieerzeugung in 2020 werde nicht erhöht. Dafür soll es eine beschleunigte Genehmigung von Grundlastkraftwerken geben. Das bedeute letztlich: "Schwarz-Gelb will Atomstrom durch Kohle und Gas ersetzen auf Kosten des Klimaschutzes."

"Bereits beim rot-grünen Atomkonsens von 2001 mussten wir viele Kompromisse eingehen. Heute haben sich die Anforderungen an einen Atomausstieg verschärft. Dennoch bleiben die Eckpunkte der Regierung hinter dem rot-grünen Atomkonsens von 2001 zurück. Es fehlen Konsequenzen bei der Reaktorsicherheit, und auch bei der Endlagersuche gibt es keine neuen Wege", kritisiert die Abgeordnete.